



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
2. öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 14.12.2011
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Willi Bargfrede

Abg. Kurt Buck

Abg. Heinz-Friedrich Carstens

Vertreter für Abg. Detjen

Abg.e Angelika Dorsch

Abg. Erich Gajdzik

Abg. Heinz-Dieter Gebers

Abg. Wolfgang Harling

Abg. Gerhard Holsten

Abg.e Marianne Knabbe

Abg. Klaus Mangels

Abg. Gerhard Oetjen

Abg. Bernd Sievert

Abg.e Elke Twesten

Verwaltung

Landrat Hermann Luttmann

(ab 15.00 Uhr)

KR Sven Höhl

Dipl. Kfm. Axel Bolz

VA Rainer Bruns

VA Annette Panzer

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Dirk Detjen

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung am 14.11.2011
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Rotenburg (W.)
Vorlage: 2011-16/0060
- 6 Antrag der WFB-Fraktion vom 16.11.2011 zur Jagdsteuer
Vorlage: 2011-16/0072
- 7 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012
Vorlage: 2011-16/0077
- 8 Jahresabschluss 2010
 - a) Beschluss über den Jahresabschlüsse 2010 des Landkreises und der Nettoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst
 - b) Entlastung des Landrates 2010
 - c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2010Vorlage: 2011-16/0083
- 9 Haushaltsüberschreitungen
hier: Teilhaushalt 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft) - Tilgung von Krediten
4.000.000,00 Euro
Vorlage: 2011-16/0082
- 10 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Holsten eröffnet um 14.30 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt insbesondere die anwesenden Vertreter der Verwaltung, der örtlichen Presse sowie Herrn Samtgemeindebürgermeister Holle. Er entschuldigt Landrat Luttmann, der sich noch auf dem Rückweg aus Hannover befinde.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird **einstimmig** in vorstehender Reihenfolge beschlossen.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Finanzausschusses am 14.11.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Kreisrat Höhl berichtet:

a) Die Firma Rendac, Betreiber der TKBA in Mulmshorn, habe aufgrund einer steuerlichen Betriebsprüfung die Umsatzsteuer für die Defiziterstattungen durch den Landkreis für die Jahre 2005 bis 2010 nachgefordert. Für diese Nachzahlungen seien in den Vorjahren ausreichende Rückstellungen gebildet worden; daneben habe die Tierseuchenkasse auf die Nachzahlung bereits eine quotale Erstattung geleistet. Noch strittige Umsatzsteuernachzahlungen auf die Defiziterstattungen 2003 und 2004 würden in einem abgetrennten Verfahren behandelt und seien weiterhin ausgesetzt. Auch hierfür habe der Landkreis Rückstellungen gebildet.

b) Aufgrund der vorgezogenen Steuerverbundabrechnung in Höhe von 114 Mio. € war eine Änderung des Finanzausgleichs 2011 erforderlich geworden. Nach dem inzwischen eingegangenen Bescheid erhält der Landkreis Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen von 1,17 Mio. €, die gemeindlichen Schlüsselzuweisungen steigen um 1,1 Mio. €. Die hierauf zu entrichtende Kreisumlage werde jedoch erst im Jahr 2012 zu entrichten sein.

c) Das Nds. Innenministerium habe ein Gutachten des LSKN zur Überprüfung und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Niedersachsen vorgelegt. Für den Landkreis sei die Erkenntnis, dass der Anteil der Kreisaufgaben an den Schlüsselzuweisungen von bisher 49,2 % auf 52,2 % gesteigert werden müsse, von besonderer Bedeutung. Gleichzeitig sei der Flächenfaktor überprüft worden mit dem Ergebnis, dass es hier keine Veränderungen gäbe. Nach Heranziehung weiterer aktueller Daten soll die Gesetzesänderung im Frühjahr 2012 verabschiedet werden und rückwirkend zum 1.1.2012 in Kraft treten.

d) Alle Maßnahmen des Konjunkturpaketes II seien termingerecht zum 31.10.2011 mit dem Land Niedersachsen abgerechnet worden. Die Maßnahmen seien in den Bereichen Bau, Breitbandausbau und Medien/EDV im Bildungsbereich zu finden. Insgesamt seien von Mitte 2009 bis Mitte 2011 rd. 15 Mio. € an Investitionen von der Verwaltung mittels dieses Programms abgewickelt worden. Die Maßnahmen hätten sicherlich zur Konjunkturbelebung beigetragen und somit auch ihren Anteil an den gestiegenen Steuereinnahmen auf Kreisebene.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Rotenburg (W.)**

Kreisrat Höhl erläutert kurz die Sitzungsvorlage. Der pauschale Tagessatz sei zuletzt 2004 angehoben worden, liege aber nach Anpassung immer noch im unteren Bereich aller nds. Prüfungsämter.

Abg. Sievert fragt, wie sich die Abrechnung gestalten, wenn das Rechnungsprüfungsamt weniger als einen vollen Tag tätig sei. **Kreisrat Höhl** antwortet, die Gebühr werde dann anteilig berechnet (vgl. § 2 des Satzungsentwurfes).

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Rotenburg (Wümme) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

Punkt 6 der Tagesordnung: Antrag der WFB-Fraktion vom 16.11.2011 zur Jagdsteuer

Abg. Oetjen begründet den Antrag der WFB-Fraktion vom 16.11.2011. Für ihn seien insbesondere die Gründe für die Steuerbefreiung der Bundes- und Landesjagden nicht mehr nachvollziehbar. Um eine „Steuergerechtigkeit“ für die übrigen Jäger zu erreichen, werde die Senkung des Hebesatzes auf 5 v.H. beantragt, allerdings abweichend von dem schriftlichen Antrag ab 01.04.2012.

Der **Abg. Mangels** erinnert an die Diskussionen in der letzten Wahlperiode und erklärt, dass er dem Antrag auf keinen Fall zustimmen werde; man solle die Jagdsteuer so belassen oder ganz aufheben.

Im letzten Jahr habe man sich verständigt, so die **Abg. Twesten**, den Jägerschaften für Naturschutzzwecke Mittel zur Verfügung zu stellen. Durch die Senkung der Jagdsteuer werde dieser Betrag jetzt noch erhöht.

Im Moment sei das Thema die Steuersenkung, so **Abg. Harling**, nicht die Verteilung der Fördermittel.

Der **Abg. Gajdzik** erinnert an die früheren Unstimmigkeiten zwischen den Fraktionen beim Thema Jagdsteuersenkung. Er könne sich mit dem Vorschlag der Steuersenkung anfreunden.

Beschluss:

Der Hebesatz der Jagdsteuer wird ab 1.4.2012 auf 5 v.H. gesenkt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 1

Kreisrat Höhl erklärt, dass die Verwaltung zur morgigen Kreisausschusssitzung eine Tischvorlage mit dem Entwurf einer Änderungssatzung zur Jagdsteuersatzung vorlegen werde.

Landrat Luttmann nimmt ab 15.00 Uhr an der Sitzung teil.

Punkt 7 der Tagesordnung: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012

Kreisrat Höhl stellt die seit der letzten Finanzausschusssitzung eingetretenen Veränderungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2012 vor. U.a. solle das Niedersächsische Finanzausgleichsgesetz dahingehend geändert werden, dass das Verteilungsverhältnis der Schlüsselzuweisungen zugunsten der Landkreise angepasst wird, da im Dreijahresschnitt eine Unterfinanzierung auf

Kreisebene gegeben war. Diese Gesetzesänderung solle zum 1.1.2012 in Kraft treten und habe Auswirkungen auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen und somit auch auf die Kreisumlage. Die Folge daraus sei, dass die von Landrat Luttmann in Aussicht gestellte Senkung der Kreisumlage um einen weiteren Punkt, also auf 50, umgesetzt werden könne. In der gesetzlich vorgeschriebenen Anhörung der kreisangehörigen Gemeinden zur Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes hatten diese eine Senkung von mindestens drei Punkten gefordert.

Die mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung sei auf der Grundlage der Orientierungsdaten und der aktuellen Steuerschätzungen erstellt worden. Aus den so ermittelten Daten ergäbe sich jährlich ein struktureller Überschuss von etwa 4 Mio. €. Dieser sei auch nötig, um die Investitionen zu finanzieren und entspräche in etwa den früheren Schlüsselzuweisungen für Investitionen. Ziel der mittelfristigen Planung sei eine Schuldenreduzierung auf unter 50 Mio. € im Jahre 2015 sowie ein Kreisumlagehebesatz von 48 v.H.

Vorsitzender Holsten dankt Herrn Höhl für die Ausführungen und bittet um Wortbeiträge.

Abg. Oetjen stellt den Antrag, einen Investitionszuschuss von 100.000 € für das Bullensee-Projekt in den Haushalt aufzunehmen, damit Mittel bereit stehen, wenn ein Investor ein tragfähiges Konzept vorlegen würde.

Abg. Bargfrede weist darauf hin, dass sich der Ausschuss für Hoch- und Tiefbau noch dagegen ausgesprochen habe. Dort habe die Verwaltung erklärt, man wolle die Entwicklung abwarten. Außerdem würden seiner Ansicht nach 100.000 € nicht ausreichen, wenn etwas zu tun sei.

Abg. Oetjen vertritt die Meinung, es sei grundsätzlich besser, Mittel im Haushalt zu haben.

Abg. Gajdzik erinnert an die ablehnende Haltung des Fachausschusses. Die Zuständigkeit der Fachausschüsse sollte respektiert werden.

Abg. Harling erläutert für die Mehrheitsgruppe den Antrag. Inzwischen hätte sich im Bullenseegebiet einiges entwickelt, so dass ein funktionierender Kiosk ein Anfang wäre. Bis ein tragfähiges Konzept vorliege, könne ein Sperrvermerk angebracht werden.

Die **Abg. Twesten** möchte den Ansatz als Signal bewertet wissen, dass der Landkreis bereit sei, am Bullensee zu investieren. Über die tatsächlich notwendigen Kosten sei zu entscheiden, wenn ein Konzept vorliege. Die Wiederbelebung des Naherholungsgebietes sei doch im Sinne aller.

Nach einer lebhaften Diskussion wiederholt sie auf Nachfrage des Landrates noch einmal den Antrag der Mehrheitsgruppe. Für das Jahr 2012 soll ein investiver Betrag von 100.000 €, versehen mit einem Sperrvermerk, für das Bullensee-Projekt bereitgestellt werden.

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen angenommen

Kreisrat Höhl erläutert die aus den Fachausschüssen zur Beratung an den Finanzausschuss überwiesenen Haushaltsansätze. Zur Diskussion über den Beitrag an die Hamburg-Marketing GmbH im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr teilt er mit, der früheste Kündigungstermin liege zum 01.01.2014. **Landrat Luttmann** erinnert, dass sich der Kreistag am 24.03.2011 für einen Verbleib in der Gesellschaft ausgesprochen habe. Die Zuschüsse an die Hamburg-Marketing GmbH und an den TouROW werden nicht verändert.

Abg. Harling erklärt, in der Mehrheitsgruppe habe inzwischen ein Umdenken stattgefunden und er beantrage daher entgegen der Empfehlung des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz die Mittel für Naturschutzmaßnahmen der Jägerschaften wie im Haushaltsentwurf vorgesehen bei 50.000 € zu belassen, jedoch eine Summe von 80.000 € für Naturschutzmaßnahmen übriger Bereiche einzustellen. Die Jägerschaften seien bereits im Zuge der Halbierung der Jagdsteuer begünstigt worden.

Abg. Carstens erklärt, dass er sich intensiv mit den Projekten auseinandergesetzt habe und feststellen musste, dass die Mittel nicht abgerufen werden. Daher könne er im Moment eine Erhöhung auf keinen Fall vertreten.

Abg. Harling unterstreicht nochmals die von der Mehrheitsgruppe gewollte Trennung der Mittel zwischen Jägerschaften und sonstigen Naturschutzverbänden.

Es entwickelt sich eine Diskussion zwischen den **Abg.en Bargfrede, Harling, Dorsch** und **Buck**, so dass der **Abg. Sievert** schließlich bittet, die Debatte zu beenden und über den eingebrachten Antrag abzustimmen.

Vorsitzender Holsten formuliert noch einmal den Antrag. Der Antrag, den Jägerschaften für Naturschutzzwecke 50.000 € und den übrigen Naturschutzverbänden 80.000 € zur Verfügung zu stellen wird mit 7 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen angenommen.

Abg. Gajdzik bittet die Mehrheitsfraktion, künftige Anträge schriftlich zu formulieren, damit sich alle Abgeordneten im Vorwege damit auseinandersetzen können.

Zum Haushalt 2012, so die **Abg. Twesten**, sei immer das Ziel gewesen, die Interessen des Landkreises und der kreisangehörigen Gemeinden auszugleichen. Dies halte sie für gelungen. Die Kreisumlage könne man ihrer Meinung nach nicht losgelöst von der Kindertagesstättenförderung betrachten auch wenn sie zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs erhoben werde. Für Investitionen müsse auch immer Spielraum bleiben. Der Landkreis stehe mit seinem Haushalt in Niedersachsen relativ gut da, was auch auf die Sparbemühungen der vorherigen Wahlperiode zurückzuführen sei.

Der **Abg. Gajdzik** dankt der Verwaltung für den vorgelegten Haushalt und umfangreichen Erläuterungen. Das Ziel müsse weiterhin bleiben, die Verschuldung des Landkreises unter den Landesdurchschnitt pro Einwohner zurückzuführen. Dafür sei jetzt der richtige Zeitpunkt, da der Landkreis und auch die kreisangehörigen Gemeinden von der positiven Gesamtwirtschaft partizipieren. Dass Landkreis und Gemeinden zusammen arbeiten müssten sei unstrittig. Die Forderungen der Gemeinden seien weitestgehend erfüllt worden, die Haushaltskonsolidierung stehe aus seiner Sicht weiterhin im Vordergrund. Ziel müsse sein, die Verschuldung bis zum Jahre 2015 auf unter 50 Mio. € zu bringen.

Abg. Harling stellt die positiven Aspekte des Haushalts 2012 wie z.B. Klimakonzept, Landschaftsrahmenplan, Breitbandausbau, frühkindliche Bildung heraus. Dies alles bringe den Landkreis auf den richtigen Weg und könne auch als Standortfaktor von Bedeutung sein. Die Senkung der Kreisumlage um zwei Punkte halte er für gerecht, da unter Berücksichtigung der Kreisschulbaukasse die Gemeinden insgesamt um 4,8 Mio. € entlastet werden würden.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, bringt der **Vorsitzende Holsten** den Haushalt 2012 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Erlass der Haushaltssatzung 2012 mit dem Haushaltsplan 2012 und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramm wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen:
Enthaltung: 1

Punkt 8 der Tagesordnung: **Jahresabschluss 2010**
a) Beschluss über den Jahresabschluss 2010 des Landkreises und der Nettoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst
b) Entlastung des Landrates 2010
c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2010

Kämmerer Dipl.-Kfm. Bolz erläutert kurz die wichtigsten Daten zum Jahresabschluss 2010. Gegenüber der Planung habe die Ergebnisrechnung um fast 9 Mio. € und die Finanzrechnung um

fast 4 Mio. € verbessert. Die Nettokreditaufnahme habe statt 14 Mio. € lediglich 2 Mio. € betragen. Der Anstieg der liquiden Mittel per 31.12.2010 entspräche dem Anstieg der Haushaltsausgabereise. Bei steigender Bilanzsumme sei insbesondere das Sachvermögen rückläufig, was auf die hohen Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen zurückzuführen sei. Positiv sei aber, dass die Vermögensausweitung vorwiegend durch Eigenkapital finanziert werde.

Vorsitzender Holsten berichtet kurz von der am Vormittag stattgefundenen Sitzung des Prüfungsausschusses. Die Verwaltung habe keine Fragen offen gelassen.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, bringt der Vorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

a) **Beschluss über den Jahresabschluss:** Der Jahresabschluss des Landkreises Rothenburg (Wümme), der Nettoeregietriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst wird einschließlich der Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 663.814,34 € im Ergebnishaushalt und einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt in Höhe von 306.496,79 € für den Betrieb Rettungsdienst in der vorgelegten Form festgestellt und beschlossen.

b) **Entlastung des Landrates:** Der Kreistag beschließt gemäß § 65 NLO i. V. m. § 101 Abs. 1 NGO (§ 129 Abs. 1 NKomVG) dem Landrat bezüglich der Haushaltsführung 2010 die Entlastung zu erteilen.

c) **Beschluss über die Ergebnisverwendung:**

Das außerordentliche Ergebnis des Landkreises in Höhe von -20.195,07 € wird mit dem ordentlichen Ergebnis verrechnet.

Nach Verrechnung verbleibt ein ordentliches Ergebnis des Landkreises in Höhe von 4.096.318,06 €; dieses wird der ordentlichen Überschussrücklage zugeführt.

Beim Nettoeregietrieb Rettungsdienst wird der Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis mit dem außerordentlichen Ergebnis verrechnet. Das Gesamtergebnis beträgt insgesamt -236.379,94 € und wird auf die neue Rechnung vorgetragen.

Der Jahresüberschuss des Betriebes Abfallwirtschaft in Höhe von 379.768,75 € wird auf die neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis zu a bis c:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Punkt 9 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen
hier: Teilhaushalt 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft) - Tilgung
von Krediten
4.000.000,00 Euro**

Kreisrat Höhl erläutert kurz die Vorlage.

Beschluss:

Der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 4.000.000,00 € im Teilhaushalt 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft) wird zugestimmt. Die Deckung

erfolgt aus liquiden Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Punkt 10 der Tagesord- **Anfragen**
nung:

Anfragen werden nicht gestellt.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer